

**Allgemeine Vertragsbedingungen
des Bundesministeriums für Inneres für Kaufverträge (Stand 20.02.2024)**

1.) Allgemeines

Diese Allgemeinen Vertragsbedingungen (in der Folge AVB) gelten für Kaufverträge der Republik Österreich (in der Folge Auftraggeberin), vertreten durch den Bundesminister für Inneres.

2.) Reihenfolge der Vertragsbestandteile

Die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer werden geregelt durch

- a) eine allfällige schriftliche Vereinbarung (z.B. Kaufvertrag, Bestellschein etc.), durch die der Vertrag zustande kommt,
- b) allfällige Besondere Vertragsbedingungen,
- c) diese AVB,
- d) allfällige sonstige Bedingungen der Ausschreibungsunterlagen, wie insbesondere die Leistungsbeschreibung und das Leistungsverzeichnis,
- e) das Angebot des Auftragnehmers,
- f) die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, jeweils zum Zeitpunkt der Lieferung,

wobei im Fall eines Widerspruchs zwischen diesen Vertragsbestandteilen der in der obigen Auflistung jeweils zuvor genannte Vertragsbestandteil allen danach genannten vorgeht.

Allgemeine und besondere Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten ausdrücklich als abbedungen; auch im Fall zukünftiger zusätzlicher Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers.

3.) Mitteilung von wesentlichen Änderungen

Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin ohne Verzug darüber zu informieren, wenn der Auftragnehmer durch den Wechsel der Beteiligungsverhältnisse unter einen geänderten beherrschenden Einfluss gerät oder den die vertragsgegenständlichen Lieferungen betreffenden Geschäftsbereich einzustellen oder dessen Übertragung an einen Dritten oder den Zusammenschluss mit dem Unternehmen eines Dritten beabsichtigt.

Jede Einleitung eines Reorganisationsverfahrens gemäß Unternehmensreorganisationsgesetz, eines Insolvenzverfahrens oder die Abweisung eines Konkursantrags mangels eines zur Deckung der Kosten des Konkursverfahrens voraussichtlich hinreichenden Vermögens sind der Auftraggeberin ebenfalls unverzüglich mitzuteilen.

4.) Schriftlichkeit

Neben diesem Vertrag bestehen keine mündlichen oder schriftlichen Abreden. Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen in jedem einzelnen Fall bei sonstiger Rechtsunwirksamkeit der Schriftform und sind – sofern nicht Abweichendes vereinbart wurde – nur im Einvernehmen möglich. Die Übersendung via Fax oder E-Mail genügt der Schriftform. All dies gilt auch für das Abgehen vom Schriftformerfordernis.

5.) Vertragssprache

Wenn im Vertrag nichts anderes festgelegt ist, ist die Vertragssprache Deutsch. Alle das Vertragsverhältnis betreffenden Schriftstücke sind in dieser Vertragssprache bzw. in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

6.) Beistellung von Unterlagen

Der Auftragnehmer darf ihm von der Auftraggeberin übergebene Unterlagen nur zur Vertragserfüllung verwenden. Jede andere Verwendung bedarf der Zustimmung der Auftraggeberin.

7.) Vertretung

Der Auftragnehmer hat, sofern er nicht selbst handelt, eine Person namhaft zu machen, die als Vertreter rechtswirksam alle Erklärungen abgeben und entgegennehmen sowie alle Entscheidungen treffen kann, die zur Abwicklung des Kaufvertrags erforderlich sind. Auf jederzeitiges Verlangen der Auftraggeberin ist die Vollmacht vorzulegen. Die namhaft gemachte Person hat fachkundig, der Vertragssprache mächtig und kurzfristig erreichbar zu sein.

8.) Persönliches Verhalten von Arbeitnehmern des Auftragnehmers

Arbeitnehmer des Auftragnehmers und seiner Gehilfen, die sich grob ungebührlich verhalten, sind auf Verlangen der Auftraggeberin von der Erfüllung des gegenständlichen Vertrags abzuziehen und durch geeignetes Personal zu ersetzen.

9.) Subunternehmer

Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich bei der Leistungserbringung eines oder mehrerer Subunternehmer zu bedienen. Er wird dabei nicht von seinen gegenüber der Auftraggeberin bestehenden Verpflichtungen entbunden. Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin jeden Wechsel und die Hinzuziehung jedes neuen Subunternehmers schriftlich und – soweit gesetzlich vorgeschrieben – unter Anschluss aller zur Prüfung der Eignung des Subunternehmers erforderlichen Nachweise mitzuteilen. Subverträge mit Subunternehmern bedürfen in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin. Die Auftraggeberin kann ihr bekannt gegebene Subunternehmer aus wichtigen Gründen ablehnen.

Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin nach Zuschlagserteilung, spätestens jedoch zum Zeitpunkt des Beginns der Auftragsdurchführung, die Kontaktdaten und die vertretungsbefugten Personen der bei der Auftragsdurchführung eingesetzten Subunternehmer bekannt zu geben.

Der Auftragnehmer haftet für das Verschulden aller Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen bedient, im gleichen Umfang wie für eigenes Verschulden.

10.) Schlüsselpersonal

Falls der Auftragnehmer für die Ausführung der Leistung den Einsatz von Personen mit einer bestimmten Ausbildung und/oder Berufserfahrung (in der Folge Schlüsselpersonal oder Schlüsselpersonen) zugesagt hat, gilt:

Das namhaft gemachte Schlüsselpersonal kann während der Leistungserbringung nur nach Aufforderung bzw. nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin abgezogen bzw. ausgetauscht werden. Ausnahmen hiervon sind das Ausscheiden aus dem Unternehmen, längerer Krankenstand, Karenz, Teilzeitkarenz und ähnliche, nicht in der Sphäre des Auftragnehmers liegende Umstände, sowie wirtschaftlich bedingte Kündigungen. Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich einen Ersatz namentlich vorzuschlagen, der zumindest dieselbe fachliche Qualifikation aufweist wie die nicht mehr verfügbare Schlüsselperson. Der Auftragnehmer hat dabei die adäquate fachliche Eignung des Ersatzpersonals mit jenen Unterlagen nachzuweisen, die auch im Angebot vorzulegen waren.

Wird eine Schlüsselperson ohne vorherige Genehmigung der Auftraggeberin abgezogen oder ausgetauscht, hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin, unbeschadet sonstiger Ansprüche wie etwa auf Schadenersatz, zur Bekräftigung der vertraglichen Pflichten für jede begonnene Woche des Abzugs bzw. Austauschs eine Vertragsstrafe von 0,1% (null komma einem Prozent) des Nettokaufpreises (pro

Schlüsselperson) zu bezahlen. Die vom Auftragnehmer pro Vertragsjahr insgesamt zu bezahlende Vertragsstrafe ist mit 5 % (fünf Prozent) des Nettokaufpreises begrenzt. Im Übrigen gelten die Regelungen dieser AVB zu Vertragsstrafen.

11.) Zusätzliche Lieferungen

Wird im Zuge der Durchführung des Vertrages eine Leistung/Lieferung erforderlich, die in diesem nicht vorgesehen ist, so hat der Auftragnehmer vor deren Ausführung das Einvernehmen mit der Auftraggeberin darüber herzustellen. Wird die Notwendigkeit und/oder die Zweckmäßigkeit der Leistung einvernehmlich festgestellt, so ist gleichzeitig die entsprechende Vergütung schriftlich zu vereinbaren, sofern dies nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2018, BVerG, BGBl. I Nr. 2018/65 in der jeweils geltenden Fassung, zulässig ist. Wird vom Auftragnehmer eine im Vertrag nicht vorgesehene Leistung ohne vorherige schriftliche Vereinbarung der Vergütung erbracht, ist die Auftraggeberin nicht verpflichtet, eine Vergütung für diese zu leisten.

12.) Erfüllungsort

Lieferungen haben gemäß Incoterms 2020 DDP an den vereinbarten Erfüllungsort zu erfolgen.

13.) Abnahme/Gewährleistung/ Gefahrtragung

Die Übernahme einer Ware und die Übernahmebestätigung gelten nicht als Abnahme im Sinne dieser Vertragsbedingungen. Die Abnahme erfolgt nach Prüfung der Vertragsgemäßheit der Ware durch eine schriftliche Erklärung der Auftraggeberin, die dem Auftragnehmer übermittelt wird und deren Erhalt vom Auftragnehmer zu bestätigen ist. Das Abnahmeverfahren erfolgt binnen 30 (dreißig) Tagen ab Empfang der Ware. Erst mit Zugang der schriftlichen Abnahmeerklärung beim Auftragnehmer geht die Gefahr auf die Auftraggeberin über und beginnt die Frist für die Gewährleistung zu laufen.

Der Auftragnehmer leistet Gewähr für jeden Mangel, der bei Übergabe des Werks vorliegt und innerhalb von 2 (zwei) Jahren, bei einer unbeweglichen Sache innerhalb von 3 (drei) Jahren nach diesem Zeitpunkt hervorkommt. Bei Rechtsmängeln leistet der Auftragnehmer Gewähr, wenn der Mangel bei Übergabe des Werks vorliegt.

Die Anwendung des § 377 Unternehmensgesetzbuch, UGB, dRGL. S 219/1897 (GBIÖ Nr. 86/1939) in der jeweils geltenden Fassung ist ausgeschlossen.

Geheime Mängel können auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist, jedoch nur binnen 6 (sechs) Monaten ab ihrer Entdeckung, geltend gemacht werden. Bei üblicherweise bis zur Verwendung verpackt gelassener Ware gelten Mängel, die erst bei Entnahme aus der Verpackung sichtbar waren, bis dahin als geheime Mängel.

Wird ein Mangel behoben, so beginnt für den behobenen Teil der Ware die Gewährleistungsfrist ab Fertigstellung der Behebung und Abnahme durch die Auftraggeberin neu zu laufen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Abnahme der Ware durch die Auftraggeberin über deren Aufforderung und nach deren Wahl die Beseitigung allfälliger Mängel (Nachbesserung oder Ergänzung durch Nachtrag des Fehlenden) oder den Austausch der Ware unverzüglich und ohne zusätzlichen Entgeltanspruch in angemessener Frist vorzunehmen.

Ist die Mängelbeseitigung oder der Austausch unmöglich oder für den Auftragnehmer, verglichen mit der anderen Abhilfe, mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden oder kommt der Auftragnehmer der Mängelbeseitigung überhaupt nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nach oder ist diese für die Auftraggeberin mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden oder aus triftigen, in der Person des Auftragnehmers liegenden Gründen unzumutbar, gilt unter Vorbehaltung der Geltendmachung weitergehender, aus welchem Rechtsgrund auch immer sich ergebender Ansprüche:

- a) Ist der Mangel nicht geringfügig, verliert der Auftragnehmer den Anspruch auf den Kaufpreis; bereits empfangene Beträge hat der Auftragnehmer zuzüglich Zinsen in der Höhe von 4 % (vier Prozent) p.a., vom Tag des Empfanges der Beträge angerechnet, zurückzuzahlen.
- b) Ist der Mangel geringfügig, hat die Auftraggeberin Anspruch auf angemessene Minderung des Kaufpreises.
- c) Ist in den Fällen der lit. a oder b eine Mängelbeseitigung durch einen Dritten möglich, hat die Auftraggeberin gegen den Auftragnehmer, unbeschadet der Ansprüche nach lit. a oder b, zusätzlich Anspruch auf Ersatz der tatsächlich aufgelaufenen Mängelbehebungskosten, soweit diese im Fall der lit. a den Kaufpreis, im Fall der lit. b. die Preisminderung übersteigen.

Die Rechte der Auftraggeberin aus der Gewährleistung insbesondere das Verlangen auf Verbesserung oder Austausch und Geltendmachung der Ansprüche gemäß lit. a und c, verjähren 3 (drei) Monate nach Ablauf der Gewährleistungsfrist. Im Fall von Rechtsmängeln tritt die Verjährung 2 (zwei) Jahre, bei einer unbeweglichen Sache 3 (drei) Jahre nach dem Zeitpunkt ein, zu dem der Mangel der Auftraggeberin bekannt wird. Wenn die Auftraggeberin dem Auftragnehmer den Mangel innerhalb der Verjährungsfrist anzeigt, kann sie den Mangel zeitlich unbeschränkt durch Einrede gegen die Werklohnforderung des Auftragnehmers geltend machen.

14.) Rücktritt vom Vertrag

Die Auftraggeberin ist berechtigt, den sofortigen Rücktritt vom Vertrag zu erklären, wenn

- a) der Auftragnehmer mit der Lieferung in Verzug gerät; ist die Lieferung vereinbarungsgemäß in Teilen zu erbringen und ist der Auftragnehmer nur mit einer Teillieferung in Verzug, kann der Rücktritt nur hinsichtlich der einzelnen Teillieferung oder aller noch ausstehenden Teillieferungen erklärt werden, es sei denn, die bereits erbrachten Teillieferungen sind für die Auftraggeberin gänzlich oder nahezu ohne Wert; die Rücktrittserklärung hat jedenfalls eine angemessene Nachfristsetzung zu enthalten und bleibt nur rechtswirksam, wenn der Auftragnehmer auch innerhalb dieser Nachfrist die rückständige Lieferung (Teillieferung) nicht erbracht hat;
- b) Umstände vorliegen, welche die zeitgerechte Erfüllung des Kaufvertrages offensichtlich unmöglich machen, sofern nicht die Auftraggeberin diese selbst zu vertreten hat;
- c) der Auftragnehmer ohne die gemäß Punkt 9.) erforderliche Zustimmung der Auftraggeberin einen Vertrag mit einem Subunternehmer schließt;
- d) der Auftragnehmer selbst oder eine von ihm zur Erfüllung des Vertrags herangezogene Person die Verschwiegenheitspflichten gemäß Punkt 18.) verletzt.
- e) der Auftragnehmer
 - Handlungen gesetzt hat, um der Auftraggeberin in betrügerischer Absicht Schaden zuzufügen, insbesondere, wenn er mit anderen Unternehmern nachteilige, gegen die guten Sitten oder gegen den Grundsatz des Wettbewerbs verstoßende Abreden getroffen hat;
 - unmittelbar oder mittelbar Organe der Auftraggeberin, die mit dem Abschluss oder mit der Durchführung des Vertrages befasst sind, den guten Sitten widersprechende Vorteile versprochen oder zugewendet oder Nachteile unmittelbar angedroht oder zugefügt hat.
- f) der Auftragnehmer – sind es mehrere, auch nur einer von ihnen – stirbt oder die Eigenberechtigung verliert;
- g) eine wesentliche Vertragsverletzung vorliegt. Eine solche ist insbesondere jede Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen, wenn sie trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt wird;

- h) die Auftraggeberin Kenntnis von einer rechtskräftigen Verurteilung des Auftragnehmers (oder im Falle einer Arbeitsgemeinschaft eines ihrer Mitglieder) oder einer natürlichen Person, die Mitglied im Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan des Auftragnehmers ist oder darin Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse hat (z.B. Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Vorstand einer Aktiengesellschaft, Prokurist), erlangt, die einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Vereinigung oder Organisation (§§ 278 und 278a des Strafgesetzbuches, StGB, BGBl. Nr. 60/1974 in der jeweils geltenden Fassung), Terroristische Vereinigung, Terroristische Straftaten oder Terrorismusfinanzierung (§§ 278b bis 278d StGB), Bestechlichkeit, Vorteilsannahme, Bestechung, Vorteilszuwendung oder verbotene Intervention (§§ 304 bis 309 StGB und § 10 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, UWG, BGBl. Nr. 448/1984 in der jeweils geltenden Fassung), Betrug (§§ 146 bis 148 StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmisbrauch (§ 153b StGB), Geldwäscherei (§ 165 StGB), Sklaverei, Menschenhandel oder Grenzüberschreitender Prostitutionshandel (§§ 104, 104a und 217 StGB) bzw. einen entsprechenden Straftatbestand gemäß den Vorschriften des Landes, in dem der Unternehmer seinen Sitz hat; oder
- i) der Auftragnehmer (oder im Falle einer Arbeitsgemeinschaft eines ihrer Mitglieder) zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung wegen eines Delikts nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz, VbVG, BGBl. I 2005/151 in der jeweils geltenden Fassung, rechtskräftig verurteilt worden ist; oder
- j) dieser Vertrag aufgrund einer schweren Verletzung der Verpflichtungen gemäß dem AEUV oder der Richtlinie 2014/24/EU, die der Gerichtshof der Europäischen Union in einem Verfahren nach Art. 258 AEUV festgestellt hat, nicht an den Auftragnehmer hätte vergeben werden dürfen; oder
- k) wenn der Vertrag während der Laufzeit wesentlich geändert wurde.

Erklärt die Auftraggeberin nach den vorstehenden Bestimmungen ihren Rücktritt vom Vertrag, so verliert der Auftragnehmer jeden Anspruch auf den Kaufpreis, soweit er nicht bereits eine für die Auftraggeberin verwertbare Teillieferung erbracht hat. Soweit ein Anspruch auf den Kaufpreis nicht besteht, hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin bereits geleistete Zahlungen unverzüglich zuzüglich einer Verzinsung in der Höhe von 9,2 % (neun komma zwei Prozent) p.a. über dem jeweils geltenden Basiszinssatz zurückzuerstatten. Kann der Auftragnehmer nachweisen, dass ihn am Eintritt des Rücktrittsgrundes kein Verschulden trifft, erfolgt die Verzinsung des Rückforderungsbetrags in der Höhe von 4 % (vier Prozent) p.a. ab dem Tag des Empfangs der Beträge angerechnet.

Soweit den Auftragnehmer am Eintritt eines Rücktrittsgrundes ein Verschulden trifft, hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin auch die durch eine allfällige Neuvergabe des Vertrags an einen Dritten erwachsenden Mehrkosten zu ersetzen, soweit diese nicht bereits in einem pauschalierten Schadenersatzbetrag Deckung finden.

15.) Haftung

Der Auftragnehmer haftet für alle von ihm verschuldeten direkten und indirekten Schäden einschließlich aller Mangelfolgeschäden, sofern er nicht beweisen kann, dass ihn an dem eingetretenen Schaden kein Verschulden trifft.

Soweit im Vertrag nicht Abweichendes vereinbart ist, richtet sich die Haftung des Auftragnehmers aus diesem Vertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Keine Bestimmung dieses Vertrages beschränkt eine allenfalls

bestehende Produkthaftung des Auftragnehmers nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (Produkthaftpflichtgesetz).

16.) Preise

Sämtliche Preise gelten als Festpreise, sofern nicht in den Vertragsbestandteilen Punkt 2.) a) bis d) ausdrücklich anderes vereinbart wurde. Der Festpreis bleibt auch bei Eintreten von Änderungen der Preisgrundlagen (wie insbesondere Kollektivvertragslöhne, Materialpreise, soziale Aufwendungen) unveränderlich.

Falls in den Vertragsbestandteilen Punkt 2.) a) bis d) ausdrücklich veränderliche Preise vereinbart wurden, gilt: Die Preise gelten dennoch jedenfalls für die Dauer eines Jahres nach erfolgtem Vertragsabschluss als Festpreis. Der Auftragnehmer ist nach Ende dieser Festpreisperiode berechtigt, eine Anpassung der Preise durch Bindung an den von der Bundesanstalt Statistik Österreich verlautbarten Verbraucherpreisindex 2020 (VPI 2020) oder den an dessen Stelle tretenden Nachfolgeindex vorzunehmen. Als Bezugsgröße für die Anpassung dient die für den Monat des Vertragsabschlusses verlautbarte Indexzahl. Diese Wertsicherungsklausel wird jedoch nur dann angewendet, wenn durch ihre Anwendung eine Erhöhung oder Verminderung der Preise bzw. der danach geltenden und fixierten Preise um mindestens 5 % (fünf Prozent) eintritt. Der bei einer solchen Anwendung der Wertsicherungsklausel zugrundeliegende Index gilt dann für die nächste Berechnung als Basiszahl. Alle veränderlichen Preise sind auf eine gerundete Dezimalstelle zu berechnen.

Sämtliche Preise gelten als Pauschalpreise, sofern nicht in den Vertragsbestandteilen Punkt 2.) a) bis d) ausdrücklich anders angegeben. Dabei gilt: In diesem Pauschalpreis sind alle Kosten einer vollständigen Erbringung der ausgeschriebenen Leistung enthalten, auch wenn die Leistung nicht gesondert angeführt ist, aber zur Herbeiführung des Beschaffungszieles bzw. des vertraglichen Leistungserfolges erforderlich ist, über die Vertragslaufzeit sowie inklusive Gebühren und Abgaben. Sämtliche anfallende Nebenkosten, Nachlässe oder Preisminderungen sind im angebotenen Preis inkludiert. Über diesen Pauschalpreis hinaus dürfen keine Kosten zur Anrechnung gebracht werden. Ausgenommen von diesem Pauschalpreis sind lediglich Aufwendungen, die gesondert von der Auftraggeberin schriftlich beauftragt werden.

17.) Rechnungslegung

Die Bezahlung von (Teil-)Rechnungen erfolgt nach ordnungsgemäßer Lieferung seitens des Auftragnehmers und nach schriftlicher Abnahme der Lieferung durch die Auftraggeberin gemäß Punkt 13.) und Übermittlung einer e-Rechnung gemäß § 5 des IKT-Konsolidierungsgesetzes, IKT-KonG, BGBl. I Nr. 2012/35 in der jeweils geltenden Fassung, durch den Auftragnehmer.

Die vertraglich vereinbarte Leistung der Auftraggeberin wird frühestens dann fällig, sobald der Auftragnehmer eine inhaltlich richtige und vollständige sowie den Anforderungen der Bestimmung des § 5 Abs 2 IKT-KonG sowie des § 1 der Verordnung der Bundesministerin für Finanzen, mit der die Anforderungen an eine elektronische Rechnung bestimmt werden, E-Rechnung-UStV, BGBl. II 2003/583 in der jeweils geltenden Fassung entsprechende e-Rechnung ausgestellt und übermittelt hat und diese vom Rechnungsbzw. Leistungsempfänger als sachlich und rechnerisch richtig anerkannt wurde.

Die (Teil-)Rechnung ist unter Angabe des Auftragschreibens, der Bestellnummer sowie der Umsatzsteueridentifikationsnummer des Auftragnehmers und sämtlicher in § 11 Abs 1 Umsatzsteuergesetz, UStG, BGBl. Nr. 663/1994 in der jeweils geltenden Fassung vorgesehener Angaben der vereinbarten Organisationseinheit zu übermitteln.

Im Zuge einer etwaigen Beauftragung werden seitens der

Auftraggeberin nachfolgende Informationen bekanntgeben:

- Die Lieferantenummer, die dem Auftragnehmer im HV-System zugeordnet wurde (Kreditorennummer).
- Die Auftragsreferenz aus dem HV-System (max. 35 Stellen):
 - Aufträge mit Anlage einer Bestellung in HV-SAP
 - × die Bestellnummer (aus der MM-Bestellung) oder
 - × die Einkäufergruppe
 - Aufträge ohne Anlage einer Bestellung in HV-SAP
 - × die Einkäufergruppe: interne Referenz (Aktenzahl, Vertragsnummer, Sonstiges.)

Rechnungen sind in Euro inklusive der gesondert ausgewiesenen Umsatzsteuer auszustellen.

Gemäß § 5 Abs. 3 IKT-KonG sind ausländische Auftragnehmer nur nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten zur Ausstellung und Übermittlung von e-Rechnungen verpflichtet. Hier werden Papier-Rechnungen weiterhin akzeptiert. Es ergeht der Hinweis, dass für die Einbringung von e-Rechnungen die Möglichkeit besteht, die PEPPOL-Transport-Infrastruktur zu nutzen.

Als ausländischer Unternehmer gilt ein Unternehmer, der im Inland weder sein Unternehmen betreibt noch eine an der Leistungserbringung beteiligte Betriebsstätte im Inland hat.

Die Zahlungsfrist beträgt 30 (dreißig) Tage netto und beginnt nur bei vertragsgemäßer Lieferung und Rechnungsausstellung am Tag nach dem Eingang der betroffenen Rechnung bei der vereinbarten Organisationseinheit des BMI zu laufen.

Für die Einhaltung der Zahlungsfrist ist die Anweisung der Bank der Auftraggeberin durch diese am letzten Tag der Frist rechtzeitig. Alle Zahlungen sind auf ein vom Auftragnehmer schriftlich bekannt zu gebendes Bankkonto zu leisten. Es werden keine Anzahlungen oder Vorauszahlungen geleistet. Rechnungen, die von obigen Formvorschriften abweichen, der Höhe nach unrichtig sind oder inhaltlich fehlerhaft sind, gelten als nicht eingelangt, werden dem Auftragnehmer zurückgeschickt und lösen keine Zahlungsfrist aus.

Im Falle eines verschuldeten Zahlungsverzuges schuldet die Auftraggeberin dem Auftragnehmer Verzugszinsen in Höhe von 9,2 % (neun Komma zwei Prozent) p.a. über dem von der österreichischen Nationalbank verlautbarten Basiszinssatz. Trifft die Auftraggeberin kein Verschulden, betragen die Verzugszinsen 4 % (vier Prozent) p.a.. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, im Falle des Zahlungsverzuges seine Leistungen einzustellen oder zurückzuhalten.

18.) Verschwiegenheitspflichten/ Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung aller gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Geheimhaltung aller in Ausführung dieses Kaufvertrages erlangten Kenntnisse. Diese dürfen vom Auftragnehmer nicht an Dritte weitergegeben, sondern ausschließlich nur für die Vertragsabwicklung verwendet werden, es sei denn, die Auftraggeberin hat den Auftragnehmer in einem bestimmten Fall schriftlich von dieser Verpflichtung entbunden.

Der Auftragnehmer wird bei sonstiger verschuldensunabhängiger Haftung für den Fall, dass er sich zur Erfüllung des Vertrags anderer Personen bedient, diese Verschwiegenheitspflichten überbinden. Unterlässt der Auftragnehmer die Überbindung der Geheimhaltungspflichten, so haftet er für alle Schäden.

Der Auftragnehmer wird weiter nur solche Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen einsetzen, die sich gemäß § 6 Datenschutzgesetz, DSG, BGBl. I Nr. 1999/165 in der jeweils geltenden Fassung, sowie sonstiger gesetzlicher Verschwiegenheitspflichten, ihrem Arbeit- oder Dienstgeber gegenüber ausdrücklich schriftlich verpflichtet haben, das

Datengeheimnis hinsichtlich aller ihnen im Rahmen der Vertragserfüllung bekannt gewordenen Daten (personenbezogene wie nicht personenbezogene, beispielsweise technische Daten), sowohl während als auch nach Beendigung des Dienst- oder Werkverhältnisses zu wahren.

Im Übrigen verpflichten sich beide Vertragsteile, keine vertraulichen Informationen Dritten mitzuteilen oder Dritten sonst direkt oder indirekt zukommen zu lassen sowie die vertraulichen Informationen sonst zu verwerten.

19.) Verarbeitung von Daten durch die Auftraggeberin

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass die Verarbeitung der im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Abwicklung des Kaufvertrages anfallenden personenbezogenen Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO in der jeweils geltenden Fassung für den geplanten Abschluss und die Erfüllung des Vertrages erforderlich ist. Diese personenbezogenen Daten werden von der Auftraggeberin für Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung des Vertrages und für Kontrollzwecke verarbeitet und insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes, RHG, BGBl. Nr. 1948/144 in der jeweils geltenden Fassung), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere Bundeshaushaltsgesetz, BHG 2013; BGBl. I Nr. 2009/139 in der jeweils geltenden Fassung iVm Vorhabensverordnung BGBl. II Nr. 2013/22 in der jeweils geltenden Fassung) sowie der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt werden.

Den Vertragspartnern ist bekannt, dass die Vertragspartner personenbezogene Daten des jeweils anderen Vertragspartners, die zur Erfüllung dieses Vertrages einschließlich der Durchsetzung und Abwehr von Rechtsansprüchen aus diesem Vertrag und damit zusammenhängenden behördlichen oder gerichtlichen Verfahren erforderlich sind, verarbeiten. Die Vertragspartner sichern sich wechselseitig zu, dass sie im Sinne der Art. 13 Abs. 4 und Art. 14 Abs. 5 lit. a DSGVO über die Verarbeitung ihrer Daten durch den jeweils anderen Vertragspartner ausreichend informiert sind, sodass eine gesonderte Information nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO unterbleiben kann.

20.) Antikorruptionsklausel

Der Auftragnehmer garantiert im Allgemeinen und während der Dauer dieses Vertrages die Einhaltung aller anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, einschließlich (aber nicht nur) aller Anti-Korruptions-Gesetze und -Vorschriften sowie ihre Einhaltung in seinem Geschäftsbereich als auch im Umgang mit seinen Geschäftspartnern sicherzustellen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber der Auftraggeberin, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption und anderen strafbaren oder wettbewerbswidrigen Handlungen zu ergreifen.

Der Auftragnehmer hat im Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstigen für die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Inneres, erbrachten Leistungen weder direkt noch indirekt verbotene Handlungen begangen und wird dies auch in Zukunft nicht tun. Zu verbotenen Handlungen zählen insbesondere das Versprechen, Anbieten oder Gewähren, oder das Anfordern oder das Annehmen eines unzulässigen Vorteils oder Nutzens, um Handlungen in unzulässiger Weise zu beeinflussen. Bei Verstoß gegen diese Bestimmung ist die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Inneres, berechtigt, gegenüber dem Auftragnehmer – ohne jedwede Haftung gegenüber diesem – den sofortigen Rücktritt vom Vertrag zu erklären (außerordentliche Kündigung).

Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber der Auftraggeberin für den Fall einer im Zusammenhang mit

der Vergabe und Abwicklung des gegenständlichen Auftrags stehenden verbotenen Handlung, an welcher der Auftragnehmer, dessen Organe, Vertreter oder sonstige für den Auftragnehmer tätige Personen unabhängig von der Beteiligungsform (unmittelbare Täterschaft, Bestimmungs- und Beitragstäterschaft) beteiligt waren oder sind, eine vom Eintritt und Nachweis eines Schadens unabhängige, verschuldensunabhängige Vertragsstrafe in der Höhe von 10 % (zehn Prozent) des Gesamtpreises (netto, jedoch inkl. des Gesamtpreises aller Zusatz- und Nachtragsaufträge) zu bezahlen. Der Auftragnehmer wird die Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für Inneres, jedenfalls von allen Schäden, Verlusten, Zurückhaltungen von Zahlungen, Forderungen und Ansprüchen Dritter, die sich im Zusammenhang mit der Ausübung des außerordentlichen Kündigungsrechts ergeben, schad- und klaglos halten.

Weiter haftet der Auftragnehmer bei einem Verstoß gegen diese Bestimmung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Die Auftraggeberin ist berechtigt, einen über die Vertragsstrafe hinausgehenden Schaden geltend zu machen. Der Auftragnehmer haftet für jeden derartigen darüber hinausgehenden Schaden, soweit er nicht nachweisen kann, dass er diesen Schaden weder verschuldet, noch sonst zu vertreten hat. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Abwehr und der Aufklärung von Verdachtsfällen mitzuwirken und mit der Auftraggeberin zu kooperieren.

21.) Zessionsverbot

Die Verpfändung, Anweisung und Zession von Rechten aus dem Vertrag ist unzulässig und der Republik Österreich gegenüber unwirksam. Unmittelbare Überweisungen an Gläubiger des Auftragnehmers erfolgen daher nicht.

22.) Stornierung

Die Auftraggeberin hat das Recht zur jederzeitigen Stornierung des Vertrages. Liegt ein Grund zum sofortigen Rücktritt gemäß Punkt 14.) nicht vor, so muss die Auftraggeberin dem Auftragnehmer in diesem Fall jedenfalls die nachgewiesenen Barauslagen ersetzen sowie eine Stornogebühr von 10 % (zehn Prozent) des auf die nicht erbrachten Lieferungen entfallenden Entgeltsteils bezahlen.

23.) Eigentumsvorbehalt

Eigentumsvorbehalte werden nicht akzeptiert.

24.) UN-Kaufrecht

Die Regeln des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (UNKÜ) finden keine Anwendung.

25.) Vertragsstrafe

Werden die vereinbarten Lieferungen nicht zeitgerecht erbracht, hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin – unbeschadet sonstiger Ansprüche wie etwa auf Schadenersatz – zur Bekräftigung der vertraglichen Pflichten für den Fall des Verzugs für jede begonnene Woche der Verspätung eine Vertragsstrafe von 1 % (einem Prozent) des Nettokaufpreises zu bezahlen.

Die vom Auftragnehmer pro Vertragsjahr insgesamt zu bezahlende Vertragsstrafe ist mit 5 % (fünf Prozent) des Nettokaufpreises begrenzt.

Die Vertragsstrafe dient zur Bekräftigung der vertraglichen Pflichten, ist von einem Verschulden sowie von einem tatsächlichen Schadenseintritt unabhängig und kann neben der Erfüllung gefordert werden. Die Vertragsstrafe kann auch dann gefordert werden, wenn der Vertrag durch Rücktritt oder aus anderen Gründen aufgehoben wird.

Bei einvernehmlich verschobenen Terminen gelten auch diese Termine als pönalisiert. Die Geltendmachung eines den Betrag der Vertragsstrafe übersteigenden Schadens ist nicht ausgeschlossen. Die Vertragsstrafe ist mit Eintritt des Ereignisses, für welches sie vereinbart wurde, fällig. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Vertragsstrafe vom Kaufpreis abzuziehen.

Die Geltendmachung weitergehender Rechtsbehelfe und Ansprüche insbesondere aus den Rechtsgründen der Erfüllung, der Gewährleistung und/oder des Schadenersatzes bleibt der Auftraggeberin ebenso vorbehalten wie das Recht, den Vertrag gemäß Punkt 14.) vorzeitig aufzulösen.

26.) Übertragung von Rechten

Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag mit allen Rechten und Pflichten anderen Auftraggebern auch ohne Zustimmung des Auftragnehmers zu übertragen. Eine solche Vertragsübertragung kann auch mehrfach erfolgen.

Die Auftraggeberin ist weiter berechtigt, ohne Zustimmung des Auftragnehmers auf ihrer Seite einen Dritten als Vertragspartei beitreten zu lassen, sodass dieser kumulativ alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag erwirbt (Vertragsbeitritt). Ein solcher Vertragsbeitritt kann auch mehrfach erfolgen.

27.) Mitteilungen gegenüber Medien

Mitteilungen gegenüber Medien, die den zugrundeliegenden Vertragsinhalt betreffen, sind unzulässig, sofern die Auftraggeberin nicht im Vorhinein schriftlich ihre Zustimmung erteilt.

28.) Referenznennungen der Auftraggeberin

Referenznennungen in kommerziellen Angelegenheiten (Beschaffungen, Verträge aller Art) sind unzulässig, sofern die Auftraggeberin nicht im Vorhinein schriftlich ihre Zustimmung erteilt.

29.) Salvatorische Klausel

Die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrags berührt nicht die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen.

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags oder Teile hiervon unwirksam oder nichtig sein, so führt dies nicht zum gänzlichen Entfall dieser Bestimmung(en), sondern es gelten dann jene Bestimmungen als vereinbart, welche rechtswirksam bzw. gesetzlich zulässig sind und dem Zweck der nichtigen oder unwirksamen Bestimmung(en) sowie der Absicht der Vertragspartner am nächsten kommen.

30.) Gerichtsstand

In allen allfälligen Streitigkeiten aus dem jeweils zugrundeliegenden Vertrag wird gemäß § 104 der Jurisdiktionnorm, JN, RGBI. Nr. 111/1895 in der jeweils geltenden Fassung die Zuständigkeit des für Wien Innere Stadt jeweils sachlich zuständigen Gerichts vereinbart.

31.) Rechtswahl

Es gilt österreichisches Recht.

32.) Neutrale Bezeichnung

Bei allen in diesen AVB verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen und Formulierungen gilt, soweit dies möglich ist, die gewählte Form für beide Geschlechter.